

Verhärtungen auf beiden Seiten beenden

Zum Thema „Menschenrechte: Zur Problematik der Menschenrechtsdiskussion im israelisch-palästinensischen Konflikt“ fand Ende Oktober in der Evangelischen Akademie Arnolds-hain in Zusammenarbeit mit BUNT-STIFT e. V. und dem Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e. V. (DIAK) eine Tagung statt. Vertreter von DIAK, israelischen und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen referierten über die Situation der Menschenrechte in den besetzten Gebieten. Eine kontroverse Podiumsdiskussion zwischen Befürwortern und Kritikern des Abkommens bildete den Höhepunkt dieser interessanten Veranstaltung.

Alexander Flores von der Universität Erlangen gab einleitend einen Überblick über die Lage der palästinensischen Gesellschaft unter israelischer Besetzung, in dem er aufzeigte, daß alle Maßnahmen wie Landenteignung, Infrastruktur und Wasserversorgung vorrangig zum Nutzen der Siedler gemacht würden. Vor dem Hintergrund individueller Menschenrechtsverletzungen wies Flores darauf hin, daß solche Verletzungen von Israel in Kauf genommen würden, um Menschen abzuschrecken und einzuschüchtern. Jörn Böhme vom DIAK berichtete über die verschiedenen Menschenrechtsorganisationen.

Sehr nachdenkliche Überlegungen stellte die israelische Rechtsanwältin Tamar Pelleg-Sryck von der „Association for Civil Rights“ (ACRI) an. Die Achtung der Menschenrechte sei unteilbar; ein Menschenrechtsaktivist vor Ort sei zwischen dem israelischen Druck und der Besetzung gefangen und könne dieser Lage nicht entfliehen: „Er ist sehr einsam“. Die Arbeit von Menschenrechtlern sei von „Schuld, Schamgefühl und Verantwortung“ geprägt. Sie könne völlig ungehindert ablaufen, „wir sind nie den Repressalien ausgesetzt, gegen die wir die Palästinenser verteidigen. Wir haben vielleicht Akten beim Geheimdienst; manche mögen am Flughafen belästigt werden, auch verlieren wir den einen oder anderen Freund. Aber wir können nicht dem ent-

kommen, was kritisch ist in unserer Gesellschaft. Im Rahmen unserer Tätigkeit zwischen Menschenrechten und Establishment arbeiten wir gegen das Establishment.“ Frau Pelleg-Sryck sprach über eine unsichtbare Wand zwischen Israelis und Palästinensern.

Der Vertreter der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Al-Haq (Gerechtigkeit), Fateh Azzam, ging auf die Folgen ein, die die Besetzung für die palästinensische Gesellschaft gehabt hätte. Er beklagte die Haltung der internatio-

nalen Staatengemeinschaft, die sich fast immer auf die Seite Israels geschlagen habe. Keine der israelischen Maßnahme in den besetzten Gebieten sei zum Nutzen der Palästinenser durchgeführt worden, obwohl Israel dazu durch die Vierte Genfer Konvention verpflichtet gewesen wäre. Nach dem Gaza-Jericho-Abkommen müsse Al-Haq darauf hinwirken, daß demokratische Strukturen aufgebaut würden und die Menschenrechte bei der Schaffung einer palästinensischen Verwaltung ganz oben auf der Agenda stünden.



Das Gaza-Jericho-Abkommen stand auch im Mittelpunkt der Gespräche, die PLO-Chef Arafat am 8. und 9. Dezember 1993 in Bonn führte. Bei seinem ersten Besuch der Bundesrepublik sicherten ihm die führenden deutschen Politiker, wie hier Bundeskanzler Kohl und Außenminister Kinkel, Hilfe beim Auf- und Ausbau der palästinensischen Selbstverwaltung zu.

Foto: Eduard N. Fiegel

Die abschließende Podiumsdiskussion zeigte, welche unterschiedlichen Erwartungen sowohl die Diskutanten als auch die Teilnehmer in dieses Abkommen setzten. So sprachen auf der einen Seite Reiner Bernstein von der Melanchthon-Akademie in Köln und Dan Diner von der Universität Essen von den potentiell guten Entwicklungsmöglichkeiten des Abkommens. Bernstein erwartet sogar, daß die Interimsphase kaum fünf Jahre dauern werde, bis ein konföderales Gebilde entsteht, das Israel, Jordanien und einen Palästinenserstaat umfassen könnte. Dem stimmte auch Dan Diner zu: „Es ist mehr drin als ein Palästinenserstaat.“ Die israelische Regierung wisse, daß es auf einen solchen hinauslaufe. „Wer bei diesem Abkommen historisch gegeben hat, ist Israel und der Zionismus.“ Die PLO stehe für die historische Dimension des Konfliktes. Das Ende des hundertjährigen Konfliktes, von dem Shimon Peres in Washington sprach, schwäche die Position Israels, so Diner. „Dies wird Israel noch viel kosten, und ich bin dafür.“

Kritisch mit dem Abkommen setzten sich die israelischen Rechtsanwältinnen Felicia Langer und Tamar Pelleg-Sryck auseinander. So vertrat Frau Langer die These, die israelische Besetzung werde jetzt durch die Palästinenser fortgesetzt. Für Tamar Pelleg-Sryck waren die letzten neun Monate, die zum Abkommen geführt haben, mit Menschenrechtsverletzungen gepflastert. Im Abkommen sei zu viel von „Polizei und zu wenig von Demokratie“ die Rede.

So gespalten wie die Diskutanten auf dem Podium waren auch die Teilnehmer, unter ihnen hielten sich Befürworter und Kritiker die Waage. Die psychologische Revolution im Nahen Osten bedarf der Anstrengung von beiden Seiten, um die enormen Hindernisse auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden aus dem Weg zu räumen. Ohne den ehrlichen Willen aller wird dem Abkommen kaum Zukunft beschieden sein. Dieser gute Wille war den Teilnehmern dieser Tagung wenigstens nicht abzuspüren.

Ludwig Watzal